



12. November 2021

## Iran: Staat zwingt Christen in die Illegalität

*Eklatanter Mangel an Versammlungsorten / Fünf iranische Christen treten Haftstrafen an*

(Open Doors, Kelkheim) – In dieser Woche müssen fünf iranische Konvertiten ins Gefängnis, drei von ihnen treten eine mehrjährige Haftstrafe an. Open Doors hat sich aus diesem Anlass gemeinsam mit anderen Organisationen an das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte gewandt und darum gebeten, in Iran eine Untersuchung zur Situation der Religionsfreiheit von Christen durchzuführen. Dabei wird besonders das Problem der fehlenden Versammlungsmöglichkeiten thematisiert.



Diese Kirche in Teheran ist nur eine von vielen, die in den vergangenen Jahren ihre Türen schließen mussten

### Landesweit nur vier persischsprachige Kirchen geöffnet

Das [Schreiben](#) ist neben Open Doors von neun weiteren christlichen Organisationen unterzeichnet und richtet sich an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Darin wird sie im Namen der persischsprachigen Christen dazu aufgefordert, „zugunsten der Christen in Iran zu intervenieren, deren Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit sowie auf freie Meinungsäußerung umfassend verletzt wird, da sie derzeit keinen Ort haben, an dem sie sich zum Gottesdienst versammeln können“.

Derzeit gibt es in Iran nur noch vier persischsprachige Kirchen, in denen Gottesdienste stattfinden. Sie werden streng überwacht und dürfen weder Besucher noch neue Mitglieder aufnehmen. Gleiches gilt für Kirchen ethnischer Minderheiten, die überdies Gottesdienste nur in ihrer eigenen Sprache durchführen dürfen. Dadurch sind alle anderen persischsprachigen Christen gezwungen, sich in ihren Häusern zu treffen. Die iranische Regierung wertet dies jedoch als feindlichen Akt „gegen die

nationale Sicherheit“ und geht dementsprechend gegen die Christen vor. In der Folge sind diese mit Schikanen, Razzien, Verhaftungen, Geld- und Gefängnisstrafen konfrontiert.

Die Verweigerung von Anbetungsorten stellt einen Verstoß gegen Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dar, in dem das Recht auf Religionsfreiheit beschrieben ist; Iran gehört zu den Unterzeichnern.

### **Änderungen des Strafgesetzbuches entfalten Wirkung**

Die drei iranischen Konvertiten Amin Khaki, Milad Goodarzi und Alireza Nourmohammadi aus Fardis in der Nähe der Hauptstadt Teheran wurden aufgefordert, sich am 10. November im Gefängnis einzufinden, um ihre dreijährigen Haftstrafen anzutreten. Sie sind wegen ihrer christlichen Aktivitäten angeklagt, „Propaganda zu betreiben, die auf eine abweichende Art und Weise gegen die heilige Religion des Islam erzieht“. Die Anklage stützt sich auf Änderungen des Strafgesetzbuchs, die der iranische Präsident im Februar in Kraft gesetzt hat. Rechtsaktivisten hatten davor gewarnt, dass die [Änderungen](#) der Artikel 500 und 499 des Strafgesetzbuchs religiöse Minderheiten, darunter auch Christen, noch stärker gefährden würden.

Zwei weitere christliche Konvertiten, Sasan Khosravi und Habib Heydari, wurden aufgefordert, am 11. November ins Gefängnis in Bushehr zurückzukehren, um den Rest ihrer einjährigen Haftstrafe wegen „Propaganda gegen den Staat durch Förderung des Christentums“ gemäß Artikel 500 zu verbüßen.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2021](#) steht [Iran](#) an 8. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quellen: Middle East Concern, Open Doors*

**Hinweis:** Im September hat Open Doors den Bericht „Missachtung der Menschenwürde von Flüchtlingen in Deutschland“ vorgelegt, der die asylrechtliche Situation von 5.207 christlichen Konvertiten in Deutschland untersucht. Die meisten von ihnen sind Iraner. [Hier](#) geht es direkt zu dem Bericht.